

1. Unterstützen Sie die Forderung nach der Abschaffung sachgrundloser Befristungen?

Die sachgrundlose Befristung verhindert, dass junge Menschen richtig im Berufsleben Fuß fassen können und hindert junge Familien an der langfristigen Lebensplanung und gehört daher abgeschafft. Leider haben es viele Arbeitgeber nicht verstanden, mit der Möglichkeit der (sachgrundlosen) Befristung, ein Werkzeug für Notfälle, verantwortungsvoll umzugehen – viele haben reguläre Arbeitsverhältnisse in Ausnahmearbeitsverhältnisse umgewandelt. Und wer mit einem Werkzeug nicht sachgerecht und vorsichtig umgeht, darf entweder nicht mehr auf die Baustelle oder er muss das Werkzeug wieder abgeben.

2. Unterstützen Sie die Forderung nach einem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, einen Entgeltausgleich bei Reduzierung der Arbeitszeit für Kindererziehung/Pflege/Weiterbildung oder einem Recht auf Abschalten durch Erhalt der bewährten Regelungen des Arbeitszeitgesetzes wie der Höchstarbeitsgrenze von 10 Stunden täglichen und einer 11stündigen Ruhezeit.

Die SPD-Bundestagsfraktion hätte schon in der vergangenen Legislaturperiode ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teil- zu Vollzeit im Deutschen Bundestag verabschiedet. Hätte. Leider war dies mit der CDU/CSU und Angela Merkel nicht möglich. Nach der Bundestagswahl werden wir uns daher weiterhin für ein solches Rückkehrrecht einsetzen.

Zur Förderung der Erziehung und Betreuung von Kindern gibt's es den Freibetrag für Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf (BEA) vor. Darüber hinaus möchte die SPD Familien, die ihre Arbeitszeit für die Erziehung, Betreuung und Pflege von Kindern und Angehörigen reduzieren auch über den Freibetrag hinaus entlasten und hat dafür die Familienarbeitszeit vorgesehen (<https://www.spd.de/standpunkte/wir-machen-familien-stark/familienarbeitszeit/>)

3. Unterstützen Sie die Forderung nach der Rückkehr zu einer paritätisch finanzierten Krankenversicherung, zu einer starken gesetzlichen Rente mit einem höheren Niveau und einem Recht auf arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung?

Die SPD fordert schon lange die Rückkehr zur paritätisch (hier 50:50) finanzierten Krankenversicherung. Auch wenn es in einer bestimmten wirtschaftlichen Lage für eine Übergangszeit erklärbar war, die einseitige Mehrbelastung nur der Arbeitnehmer\*innen ist schon lange nicht mehr gerechtfertigt.

Mit unserem Rentenkonzept hat die SPD und Martin Schulz eine doppelte Haltelinie für die gesetzliche Rente vorgelegt. Wir möchten, dass das Rentenniveau 48% nicht unterschreiten darf, ich strebe ein Niveau von größer-gleich 50 % an, gleichzeitig darf der Beitragssatz nicht über 22% steigen. Dabei wird die paritätische Finanzierung fortgesetzt: 1/3 Arbeitgeber, 1/3 Arbeitnehmer, 1/3 aus dem Bundeshaushalt. Langfristig streben wir eine Erwerbstätigenversicherung im gesetzlichen Rentenversicherungssystem an. Für mich ist die GRV die Hauptsäule, andere Formen dienen der (systemisch nicht notwendigen) Ergänzung.

Bezogen auf Finanzierungsarten zeichnen sich Alterssicherungssysteme auch durch eine leistungsfähige Kombination von gesetzlicher Rente und betrieblicher Altersversorgung aus. Neben der gesetzlichen Rente als tragender Säule wollen wir, dass sich möglichst viele Erwerbstätige durch betriebliche Altersvorsorge zusätzlich absichern können. Wir haben einen neuen Rahmen für die betriebliche Altersversorgung geschaffen, der die Ausweitung vor allem auf kleine und mittlere Unternehmen erleichtert: basierend auf tarifvertraglichen

Lösungen, verbindlich und unter Beteiligung der Arbeitgeber. Sollte diese Lösung nicht ausreichen, streben wir eine gesetzliche Verpflichtung zur betrieblichen Altersversorgung an.

4. Unterstützen Sie die Forderung nach Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerungen sowie die Notwendigkeit, dass Betriebsräte auch für Werkvertragsbeschäftigte auf dem Werksgelände zuständig sein sollten?

Wir wollen die kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen, etwa im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen, bis zur Ablösung durch einen neuen Tarifvertrag. Allerdings bin ich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die stark um sich greifende Auslagerung. Wir wollen die Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen deutlich ausbauen. Den Missbrauch von Werkverträgen ist auch ein Zeichen dafür, dass Arbeitgeber mit den Werkzeugen des Arbeitsmarktes nicht umgehen können. Mit der zunehmenden Umwandlung regulärer Arbeitsverhältnisse in Sonderarbeitsverhältnisse steigt die Wahrscheinlichkeit, dass solche Instrumente in Frage gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Euer Lothar

Lothar Binding, MdB  
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

.....

• Bürgerbüro:  
Bergheimer Straße 88  
69115 Heidelberg

Tel. +49- (0)6221 - 182928  
Fax +49- (0)6221 - 616040  
E-Mail: [lothar.binding.wk@bundestag.de](mailto:lothar.binding.wk@bundestag.de)

• Abgeordnetenbüro:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: +49- (0)30 - 227 - 73489  
Fax: +49- (0)30 - 227 - 76435  
E-Mail: [lothar.binding@bundestag.de](mailto:lothar.binding@bundestag.de)

[www.lothar-binding.de](http://www.lothar-binding.de)  
[www.facebook.com/lothar.binding](https://www.facebook.com/lothar.binding)  
[www.twitter.com/lothar\\_binding](https://www.twitter.com/lothar_binding)

.....